

St.Georg-Dialog

Inländische und ausländische St.Georger im Gespräch miteinander

Dokumentation

der Gespräche in Hamburg-St.Georg 1998-1999

Inhalt

1. "Islamisierung des Stadtteils ?"	3
2. Vorbehalte	7
3. Entwurf für eine Plattform	11
4. Schulische Probleme der Migrantenkinder	13
5. Die Realität der Jugendlichen zwischen den Kulturen	16
6. Handel in St.Georg.	18
7. Was bedeutet das Tragen von Kopftüchern im Zusammenhang der islamischen Religion ?	20
8. Partizipation - nur für Deutsche ?	23
9. Eindrücke über den Gesprächskreis „Dialog in St. Georg“	26
10. Teilnehmerliste	31
11. Literaturhinweise	32



Impressum

Redaktion und Überarbeitung der Protokolle:

Anna Dohnke, Frank Düchting, Gunter Marwege, Klaus Joachim Reinig, Petra Thiel

Die Herausgabe der Broschüre wurde möglich durch eine Zuwendung des Verfügungsfonds für das Sanierungsgebiet St.Georg S2 Böckmannstraße. Wir bedanken uns herzlich bei dem Sanierungsbeirat und dem Sanierungsträger ASK.

Hamburg, 12. Dezember 1999

Druck: Eigendruck

Datei:DOKU.DOC

Kontaktadresse:

Klaus Joachim Reinig, Plan -R-, Lange Reihe 27, 20099 Hamburg
Tel. 040 241237, Fax. 040 241238, eMail: KJReinig@t-online.de

1. "Islamisierung des Stadtteils ?"

Einleitung von Klaus Joachim Reinig

"Islamisierung des Stadtteils !" diese von Deutschen ausgesprochene Befürchtung schreckte Mitte 1998 einige Menschen in Hamburg-St.Georg auf. Gemeint war insbesondere das Gebiet östlich des Steindamms, das "Sanierungsgebiet Böckmannstrasse".

Der Schrecken war ein doppelter: Die Einen formulierten ihr Unbehagen an einem Sichtbarwerden insbesondere türkischer und islamischer Gesellschaft: die Gemüsehändler, die Banken, die Moscheen, aber auch die Menschen auf der Strasse: Die Männer in ihren weiten Hosen, die Frauen mit Kopftüchern in Abstand hinter den Männern herlaufend, die Pulks von Gläubigen nach dem Freitagsgebet vor den Moscheen, die parkenden Autos, die dann Fahrbahn und Bürgersteige blockieren. Deutsche als Minderheit im eigenen Land ?

Die Anderen waren erschreckt von einer drohenden Polarisierung zwischen Deutschen und Ausländern. St.Georg mit seinen vielfältigen Initiativen und Vereinen steht für hohe Liberalität und Integrationskraft, für ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Normen und Kulturen. Konnten die Drogenprobleme noch auf der Ebene der Forderung nach ausreichender Betreuung in ganz Hamburg und nach einer fürsorgenden Drogenpolitik angegangen werden, so drohte mit der "Islamisierung" eine Trennung des Stadtteils - eine Kommunikationstrennung und eine Ghettobildung, bei der es nur noch ein Drinnen oder ein Draußen gibt, verbunden mit ständig drohenden Grenzkonflikten.

Zwei Mutmaßungen wurden in diesem Zusammenhang sehr häufig erwähnt:

1. Wie können sich die vielen Gemüsehändler mit ihrem deutlich billigerem Angebot überhaupt am Steindamm halten ? Ist das nicht nur eine Fassade für dubiose Geschäfte ?
2. Wenn immer mehr Moslems das Gebiet um die Böckmannstrasse bestimmen, können dann die schwulen Treffpunkte, Beratungseinrichtungen oder Bewohner hier noch in Ruhe leben und arbeiten ? Geht dann nicht der gerade hier so geschätzte liberale gesellschaftliche Raum verloren durch Vorstellungen, die wir für die deutsche Gesellschaft glauben, überwunden zu haben ?

Die letztere Fragestellung spielte auch eine Rolle in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter oder die Situation von Jugendlichen. Hier gibt es offensichtliche Diskrepanzen in den unterschiedlichen Kulturen – natürlich auch in der Bewertung, welches die richtige und die dem Menschen dienlichste Position ist.

In dieser Situation entstand der Wunsch, überhaupt einmal miteinander zu reden.

Befördert wurde die Notwendigkeit eines Gespräches auch dadurch, dass zwei Moscheen Bauprobleme hatten und keine Nutzungsgenehmigungen bekamen. Die türkische Moschee hatte ein Nachbargelände gekauft und wollte hier einen Markt eröffnen, die albanische Moschee hatte das Gebäude gekauft, in der sie untergebracht war und bekam keine Genehmigung für ergänzende Nutzungen. Beide Moscheen wurden von deutschen Architekten aus St.Georg beraten. In beiden Fällen wurden die Konzepte in dem Sanierungsbeirat beraten und die politischen Gremien des Bezirks mussten um Zustimmung ersucht werden.

Die Resonanz in diesen Gremien spiegelte die Meinungen in der Bevölkerung wider und es zeigten sich hier viel Unverständnis, Vorurteile und Unwissenheit.

Eine Übereinstimmung gab es nur in der gegenseitigen Ablehnung:

"Wenn die Ausländer uns hier unterwandern wollen, dann ist doch klar, dass wir nichts genehmigen".

"Die Deutschen haben sowieso was gegen uns, also hat es gar keinen Sinn, sich zu integrieren. Wir bleiben lieber unter uns."

Anträge auf Förderung von sozialem Wohnungsbau, den das "Bündnis islamischer Gemeinden" gestellt hat, wurden zwar vom Sanierungsbeirat unterstützt, von der Baubehörde jedoch nicht bearbeitet. Die Mitarbeiter der Stadtentwicklungsbehörde verteilten an die deutschen Beteiligten die aktuellen Ausgaben des Verfassungsschutzberichtes über "Milli Görüs", einer fundamentalistischen Organisation mit dem Emblem des Halbmondes, der Westeuropa umkreist.

Die Imame der türkischen und der albanischen Moschee hatten von daher Interesse, ihre Positionen darzustellen und um Verständnis für ihre Belange zu werben.

Eine Einladung zum Gespräch zwischen Deutschen und Ausländern in St.Georg stiess so auf Resonanz. Eingeladen wurde über persönliche und berufliche Kontakte, sowie mit einer Adressenliste des Sanierungsträgers ASK, der die beiden Sanierungsgebiete in St.Georg betreut.

Diese Dokumentation ist ein Bericht über den bisherigen Dialog in St.Georg.

Großen Raum nimmt dabei ein, wie überhaupt miteinander geredet werden soll und ob die richtigen Gesprächspartner dabei sind.

Nun kann man schwer mit denen reden, die nicht dabei sind und so wurde verabredet, dass mit denen gesprochen wird, die da sind. Auch das ist nicht

selbstverständlich. Die Ausländerinitiative St.Georg, eine sonst stets integrative Kraft im Stadtteil, verweigerte sich dem Dialog mit der türkischen Moschee und wollte auch keine Räume in diesem Zusammenhang zur Verfügung stellen.

Es gelang auch nicht, sich unter den Teilnehmern auf eine Plattform für den Dialog zu verständigen, er ist hier immer noch als "Entwurf" dokumentiert. Die Plattform wurde allerdings intensiv auf zwei Sitzungen diskutiert.

Gemeinsam gefunden wurde der Titel: "St.Georg Dialog – inländische und ausländische St.Georger im Gespräch miteinander."

Zur Art des Dialogs wurde festgelegt, dass zunächst im vorhandenen Kreis vordringliche Fragestellungen besprochen werden sollen und dass hierzu Betroffene oder Fachleute eingeladen werden. Vorschläge, die auf öffentliche große Veranstaltungen oder gemeinsame Feste zielten, wurden nicht ausgeschlossen. Im Vordergrund sollte aber erst einmal das Gespräch unter "Fachleuten" stehen.

Auf der Teilnehmerliste (siehe Anhang) waren 18 Vertreter von Vereinen, Initiativen, Moscheen, Kirchen und anderen Einrichtungen aus St.Georg. Manche waren nur einmal anwesend, was bei Einzelnen auch daran gelegen haben mag, dass die Sprache deutsch war. Hinzu kamen verschiedene Gäste als "Experten".

Die Fragestellungen für die Themenabende waren:

1. Alltagsprobleme ausländischer Mitbürger

Ausländische Kinder in deutschen Schulen. Deutsche Kinder als Minderheit in Schulklassen. Christliche und Islamische Feste. Ausländische Kulturen im öffentlichen Raum (Teilhabe an Kultur und Öffentlichkeit). Renten - Subvention des deutschen Sozialversicherungssystems ?

2. "Ich fühle mich deutsch und türkisch !"

Die Situation von Jugendlichen zwischen den Kulturen wird oft mit Stichworten wie "Jugendbanden, Gewalt, Drogen" assoziiert - aber wie sieht ihre Normalität, ihre erlebte Welt aus ?

3. Moscheen in St.Georg

Welche Moscheen gibt es in St.Georg ? Was sind ihre ethnischen und religiösen Orientierungen ? Welche Bedeutung hat die Menschenrechtsdiskussion und die demokratische Grundordnung für Emigranten auf dem Hintergrund ihres rechtlichen Status in der BRD.

4. Kopftücher - pro und contra

Was lösen Frauen mit Kopftüchern für Assoziationen aus ? Warum tragen Frauen Kopftücher ? Was sagt der Koran oder die Sunna dazu ? Wie empfinden Frauen das

Tragen von Kopftüchern ? Diskriminierung von Frauen, die Kopftuch tragen (z.B. Ausschluss vom Schuldienst).

5. Gemüsehändler u.a. - Zur Entwicklung des ethnischen Gewerbes.

Türkische, persische, afghanische, chinesische Läden und Gaststätten entwickeln sich zunehmend in St.Georg. Welches sind die Hintergründe der ethnischen Arbeitsplatz- und Gewerbeentwicklung ? Wie ist der Bedarf abzuschätzen ? Geht das Wachstum auf Kosten deutscher Geschäfte ? Wer kauft ein oder nimmt Dienstleistungen in Anspruch ?

Diese Fragestellungen wurden teilweise abgewandelt, das Thema 3 wurde noch nicht behandelt.

Dokumentiert werden hier die überarbeiteten Protokolle der Treffen sowie ergänzende und reflektierende Einschätzungen von Teilnehmern.

Nicht dokumentiert werden die zahlreichen Texte, die zwischen den Sitzungen von Einzelnen gelesen und auch weiterverbreitet wurden. Die Themen bargen soviel Neuland, dass das Bedürfnis nach mehr Wissen umeinander groß war. Wir beschränken uns in der Dokumentation auf Hinweise für weiterführende Literatur, auf die wir in diesem Zusammenhang gestoßen sind. Wie spannend das sein kann, sei nur durch zwei Zitate von Zygmunt Bauman aus "Postmoderne Ethik" belegt:

"Modernes Leben bedeutet Leben mit Fremden, und mit Fremden zu leben ist immer ein prekäres, zermürendes und auf die Probe stellendes Leben."

"Fehler wachsen aus der Unkenntnis von Regeln, und die Fremdheit von Fremden ist im Grunde diese unsere Unkenntnis."

2. Vorbehalte

Aus dem Protokoll von Gunter Marwege:

Die Diskussion zu den Gesprächsrahmen des St.Georg-Dialogs fand am 10.11.98 im Kuppelsaal der Merkez Camii (Zentralmoschee in der Böckmannstraße) statt.

Nach Begrüßung durch die Gastgeber wird Herr Streb vom Bürgerverein gebeten, die Gesprächsleitung zu übernehmen.

Zu Beginn wird festgestellt, dass neben den Gastgebern und der albanischen Moschee keine Vertreter der anderen eingeladenen Moscheen gekommen sind. Herr Streb berichtet dann, dass von der Ausländerinitiative St.Georg Vorbehalte gegenüber der Zentrumsmoschee geäußert worden sind. Dies habe den ursprünglichen Initiatorenkreis verunsichert und es als besonders wichtig erscheinen lassen, dass mehr als eine oder zwei Moscheen am Dialog beteiligt werden.

Dies löst verständlicherweise Irritation bei den Gastgebern aus und wird als Vorverurteilung empfunden. Es wird gemeinsam, einer längeren Ausführung von Herrn Reinig folgend, festgestellt, dass greifbar lediglich die Tatsache ist, dass die Zentrumsmoschee wegen ihrer Verbindung zu Milli Görüs im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist. Daraus entstehe leicht eine Eigendynamik.

Insbesondere Herr K. berichtet dann allerdings von schweren Verfahrens- Fehlern bei den Nachforschungen des Verfassungsschutzes, die er selbst erlebt hat. Daraufhin bringt Herr Streb zum Ausdruck, dass er - wie auch andere Gesprächsteilnehmer bestätigen - selbst keinen Anlass habe, Vorwürfe gegen die Zentrums-moschee zu erheben; allerdings ist die angesprochene Problematik ein Anstoß, der in diesem Gesprächsprozess nicht ausgeklammert werden kann.

Nun skizziert Herr Yoldas die Entwicklung der Zentrumsmoschee und verweist auf gelungene interreligiöse Kontakte (Nikolai-Glocken, Kirchentag). Sie, die zweite Einwanderergeneration, habe stärker als früher Interesse, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu fördern und durch Offenheit Einblicke in die Arbeit der Moschee und den Islam zu geben. Es sei ja auch ein Zeichen der Unabhängigkeit, dass gerade diese Moschee weitgehende Forderungen an den deutschen Staat stelle.

Die Vertreter der Moschee bekräftigen mit allem Nachdruck, nicht mit Faschisten zusammenzuarbeiten und auch weit entfernt etwa von antisemitischen Tendenzen zu sein. Noch einmal wird beschrieben, dass die Vorgängergeneration sich nicht auf deutsch artikulieren konnte wie die jetzigen Mitglieder des Gemeindevorstandes.

Dennoch bleibe es schwierig, die Integrationsansätze und Ziele glaubhaft zu machen, in Frieden in Deutschland leben zu wollen. Dazu komme, dass die Position des türkischen Konsulats ausgesprochen antireligiös sei. Mit sichtbarer Betroffenheit kommt der Wunsch, unvoreingenommen gesehen zu werden, zum Ausdruck. Herr Yoldas bietet sogar an, sich aus dem Dialogprojekt zurückzuziehen, wenn dies für nützlicher erachtet werde.

Herr Reinig stellt dar, dass uns nur Kategorien wie „rechts“ und „links“ oder „faschistisch“ und „linksextrem“ oder „fundamentalistisch“ (ein Begriff aus dem nordamerikanischen religiösen Spektrum) zur Verfügung stehen. Die Realität in den islamischen Gesellschaften sei aber viel differenzierter und weder im Inland noch im Ausland auf einen Nenner zu bringen. Möglicherweise könnten gerade Muslime außerhalb der islamischen Länder einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Weltislam leisten.

Herr Streb bringt als neue Frage auf, wie die Zentrumsmoschee zu den türkischen Alewiten stehe. Darauf antwortet Imam Ucar, dass es mindestens fünf alewitische Gruppen gebe. Zu einigen bestehe ein gutes Verhältnis, andere bezeichnet er als „atheistisch“. Weiter führt er aus, dass er durchaus auch von staatlichen türkischen Ditip-Moscheen um Vertretungsdienste gebeten werde.

P. Marwege stellt fest, dass ein „Urteil“ über die Positionen der Moschee nicht möglich sei; vielmehr gebe es gar keinen anderen Weg, als die sehr klaren Äußerungen zu hören und entgegenzunehmen. Deshalb sollte der Dialog auch fortgeführt werden und gemeinsame Fragen entwickelt werden. Auch Michael Joho spricht sich sehr entschieden für eine Fortführung des Dialogs aus. Dem schließen sich andere an.

Die Offenheit des Gesprächs wird letztlich als positiv gewertet. Herr Reinig stellt dar, dass es unumgänglich sei, die heute angesprochenen Fragen weiter zu problematisieren. Dafür bedürfte es einer Grundlage des persönlichen Kennenlernens und Wissens der gegenseitigen Positionen.

Auch der Vertreter der albanischen Moschee wertet das heutige Gespräch als echten und notwendigen Dialog. Im übrigen bestätigt er die Selbstdarstellung der Vertreter der Zentrumsmoschee.

Aus dem Protokoll von Michael Joho:

Die Fortsetzung der Diskussion zu den Gesprächsrahmen des St.Georg-Dialogs fand am 7.12.98 in den Räumen der Geschichtswerkstatt Koppel 32 statt.

An diesem Abend stand der Entwurf einer Plattform für den Arbeitskreis und Diskussion von Fragen und Vorbehalten auf der Tagesordnung.

Zu Beginn dieses Punktes einigen sich die Anwesenden darauf, zunächst den von Herrn Reinig erarbeiteten und mit Herrn Düchting und Herrn Marwege abgestimmten „Entwurf für eine Plattform“ des Arbeitskreises St.Georg-Dialog zur Kenntnis zu nehmen.

Darüber entbrennt die Diskussion, wer hier eigentlich mit welchem Mandat und welchen Vorbehalten zusammensitzt. Für Herrn Marwege stellt die Plattform eine Basis dar, auf der das Gespräch geführt werden könne, ohne dass irgendjemand Verantwortung für die Positionen oder „Korrektheit“ der anderen übernehmen müsse. Demgegenüber äußert Herr Voigtland, dass er die vorhandene Skepsis - das heisst konkret: Vorbehalte gegenüber Milli Görüs und ihren möglichen Verbindungen zur Zentrumsmoschee - nicht individualisieren möchte. Er spricht sich daher gegen eine Verabschiedung der Plattform zum jetzigen Zeitpunkt aus. Herr Yoldas unterstreicht sein persönliches Interesse an dem Dialog, betont aber auch, als Vertreter seiner Einrichtung in dieser Runde dabei zu sein.

Herr Streb erinnert daran, dass als ursprüngliches Ziel des Kreises nicht so sehr die nach innen gekehrte Debatte (also auch keine wie auch immer geartete Plattform), sondern vielmehr die Verbesserung der Kontakte zwischen In- und AusländerInnen auf Stadtteilebene anvisiert worden sei. Herr Joho schlägt die Aufnahme eines entsprechenden Punktes in der Plattform vor.

Herr Reinig unterstreicht den Kerngedanken der Plattform, nämlich miteinander zu sprechen, auch wenn es Berührungängste gebe; die „Schmerzgrenzen“ müssten dabei benannt werden, hätten sich aber auch bei der letzten Zusammenkunft abgezeichnet. Er verweist darauf, dass das gemeinsame Gespräch öfter denn je geführt werden würde, zum Beispiel seitens der Patriotischen Gesellschaft mit ihrem „Interreligiösen Dialog“. Konkret plädiert er dafür, die anfangs vereinbarten fünf Themen zunächst nicht auf der Ebene von größeren Veranstaltungen, sondern in diesem Arbeitskreis zu erörtern. Auch Herr Düchting hält an der Plattform fest, um nicht jedes Mal in Rechtfertigungszwänge zu geraten; unterschrieben werden müsse sie aber auch seines Erachtens gegenwärtig nicht.

Die im Raum stehenden, latenten Vorwürfe an die Adresse der Zentrumsmoschee werden von verschiedenen Vertretern dieser und anderer Einrichtungen thematisiert und zurückgewiesen. Herr Yazici geht dabei besonders auf den 1995 im Bericht des Verfassungsschutzes erstmals geäußerten Vorwurf ein, die Zentrumsmoschee sei Teil von Milli Görüs. Eine dagegen vorgebrachte Klage sei ergebnislos ausgegangen. Im übrigen sehe er keine Veranlassung, von einer punktuellen Zusammenarbeit bzw. Zweckgemeinschaft zum Beispiel bei der Pilgerfahrt abzurücken. Herr Yazici geht davon aus, dass in den islamischen Gemeinden „viele auch Mitglied bei Milli Görüs“ seien, aber dass man zur Klärung der Positionen dieser Gruppierung am besten jemanden Autorisiertes selbst zum Gespräch einladen sollte.

Herr K. geht vor allem auf Hakki Keskin und die St.Georger Ausländerinitiative ein, deren kritische Einwände gegen die Moschee er auf eine politische Gegnerschaft (der eine sei rechter Arm des zurückgetretenen türkischen Regierungschefs, die anderen unterhielten enge Verbindungen zur linken Kurdenszene) zurückführt. Herr Yoldas konzentriert sich auf Aussagen, die in einem NDR-Beitrag am 16.11. zur Sprache gekommen sind. Der Rundfunkredakteur Martin Spiewak habe mit dem eher reisserischen Titel "Die Kinder des Koran" in typischer Medienmanier berichtet. Er selbst sei in dem Beitrag wegen einer angeblich „rigiden Moral" und als Anhänger körperlicher Strafen diffamiert worden. Eine Klärung der auch in dem NDR-Beitrag wiederholten Unterstellung, die Moschee in der Böckmannstraße werde von Milli Görüs „geführt", kann nicht herbeigeführt werden. Ebenso wenig werden die Vorwürfe konkretisiert, was denn eigentlich Milli Görüs-Anhängern vorgehalten werden kann.

Abschließend kommt die Runde noch einmal auf den vorgelegten Plattform-Entwurf direkt zu sprechen. Er soll zunächst als Vorschlag behandelt, ggfs. auch veröffentlicht, aber formal nicht beschlossen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt soll über die Bedeutung der Plattform erneut beraten werden. Klar ist aber auch, dass das Gespräch weitergeführt wird. Der Entwurf erfährt noch zwei Änderungen:

a) Im 2. Absatz muss es heißen: „Wir sprechen miteinander auf der Grundlage (...) des Bewusstseins um gemeinsame religiöse Wurzeln bzw. geschichtliche Verflechtungen (...)"

b) Als allerletzter Punkt wird folgende Formulierung aufgenommen: „Die Gespräche zielen nicht auf eine Vereinheitlichung der Positionen, sondern (...) sollen dazu beitragen, auch kontroverse Fragen und gemeinsam interessierende Themen in den Stadtteil hineinzutragen bzw. öffentlich zu diskutieren."

3. Entwurf für eine Plattform

In seltener Dichte leben in Hamburg St.Georg Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlicher Lebensgestaltung. Das bereichert das kulturelle und urbane Leben. Die Anonymität der Stadt erlaubt es, sich sowohl abzugrenzen als auch Toleranz und eine verträgliche Nachbarschaft zu entwickeln. Die Nähe führt jedoch auch zu Konflikten bei der Teilhabe am öffentlichen Leben und in der räumlichen und sozialen Aufteilung des Stadtteils.

Wir sprechen miteinander auf der Grundlage

- der Anerkennung der Rechtsordnung der BRD,
- des Respekts vor der jeweils anderen Kultur, Religion und Lebenssituation,
- des Bewusstseins um gemeinsame religiöse Wurzeln bzw. geschichtliche Verflechtungen,
- Offenheit und ohne fertige Antworten auf Fragen wie Integration oder Assimilation, Abgrenzung oder Separation.

Der St.Georg Dialog ist ein persönlicher Dialog, in dem es Raum gibt für die jeweils eigenen Ängste, Vorbehalte und Erfahrungen. Hier reden nicht "die Deutschen" mit "den Ausländern", sondern Individuen unterschiedlicher Herkunft und Sozialisation miteinander.

Uns ist bewusst, dass die Beteiligten nicht unbedingt die Mehrheitsmeinung ihres eigenen sozialen Zusammenhanges vertreten. Die Zusammensetzung des Dialog-Kreises ergibt sich aus dem Engagement seiner Mitglieder für ein friedliches und befruchtendes Miteinander und ist offen für weitere Interessenten. Keiner der Beteiligten kann und muss Verantwortung übernehmen für die politische oder religiöse "Korrektheit" der Organisationen, der sich die jeweiligen Gesprächspartner verbunden fühlen.

Dieser individualisierende Ansatz ist geeignet, Pauschalurteile zu erschüttern und themenübergreifende Blockbildungen zu vermeiden.

Die Gespräche zielen nicht auf eine Vereinheitlichung der Positionen, sondern

- dienen der Erweiterung des Horizontes von Menschen, die aus eigener Entscheidung politische, kulturelle, religiöse oder berufliche Verantwortung tragen,
- hoffen auf ein wachsendes Verständnis der Dialog-Teilnehmer untereinander ohne Eliminierung des jeweils "Fremden" und auf ein Hineinwirken in den Stadtteil,

- sollen helfen, möglichen Konfliktsituationen im Stadtteil vorzubeugen oder diese zu entschärfen,
- sollen dazu beitragen, auch kontroverse Fragen und gemeinsam interessierende Themen in den Stadtteil hineinzutragen bzw. öffentlich zu diskutieren.

4. Schulische Probleme der Migrantenkinder

Protokoll von Michael Reich

Die Veranstaltung zu diesem Thema im Rahmen des St.Georg-Dialogs fand am 10.2.99 im Haus des CVJM statt.

Frank Düchting berichtet, dass Heinke Hauschildt in Vorbereitung des heutigen Termins erfolglos versucht habe, aus dem Kreis der Spielhauseltern jemanden zu finden, der/die sich zu Alltagsproblemen oder schulischen Problemen äußern wollte. Erfreulicherweise hat sich aber Sylvia Wempner vom Elternrat der Heinrich-Wolgast-Schule bereiterklärt, etwas über die Situation an der Schule aus der Wahrnehmung des Elternrates zu berichten.

Sylvia Wempner berichtet, dass an der Heinrich-Wolgast-Schule etwa 50% Migrantenkinder sind. Die offensichtlichen Probleme sind gering. Schulische Probleme, die auftreten, liegen nicht automatisch bei den Migrantenkindern. Sie haben ihre Ursache in der konkreten Lebenssituation der Kinder, nicht in ihrer Herkunft.

Glaube man einer von der Behörde für Schule in Auftrag gegebenen Studie, bildet die Heinrich-Wolgast-Schule beim Leistungsvergleich mit anderen Schulen das "absolute Schlusslicht. Die Schule hat wegen ihrer besonderen Situation eine zusätzliche Lehrerstelle bekommen, aber damit immer noch nicht mehr Stunden zur Verfügung als eine Schule beispielsweise in Blankenese. Besondere Möglichkeiten der Förderung, z.B. Teilungsunterricht muss oft wegen Krankheit ausfallen.

Im Elternrat sind bis auf einen Spanier, der schon sehr lange in Deutschland ist, nur deutsche Eltern aktiv. Ausländische Eltern zeigen an Elternabenden wenig Interesse. Dies liegt nach Meinung von Sylvia Wempner nicht ursächlich an sprachlichen Problemen. Bei Schulfesten würden die ausländischen Eltern im Gegensatz dazu besonders großes Engagement an den Tag legen.

Herr K. ist seit mehreren Jahren als Elternvertreter in einer Grundschule in Altona aktiv, die nacheinander zwei seiner Kinder besucht haben bzw. noch besuchen. Er bestätigt, dass vor allem türkische Eltern die Elterarbeit nicht ernst nehmen. In der Türkei sind demokratische Strukturen, Elternmitwirkungsmöglichkeiten wenig gegeben. Lehrer sind dort staatliche Beamte, vor denen alle großen Respekt haben. Die meisten türkischen Migranten kommen aus ländlichen Bereichen, wo dies noch besonders ausgeprägt ist. Er glaubt, dass es wichtig ist, dass die Mehrheit der Kinder in der Klasse Deutsche sind. Nur so sei es möglich, dass ausländische Kinder auch

deutsche Freunde finden. Bei einer Mehrheit ausländischer Kinder leidet nach seiner Meinung der Unterricht.

Mustafa Yoldas schildert anhand der Erfahrung aus seiner eigenen Schulzeit in der Türkei, dass dort Elternabende nur zur Besprechung der Zeugnisse üblich waren. In Deutschland sind seiner Meinung nach die sprachlichen Probleme und die bürokratische Unsicherheit "Was kommt auf mich zu?" für die geringe Präsenz bei der Elternarbeit ausschlaggebend. Er bestätigt, dass in der Türkei mehr Distanz zu Lehrerinnen/Lehrern besteht. Züchtigungen von Schülern/Schülerinnen würden im Sinne der Kinder gutgeheissen. Als er vor 18 Jahren nach Deutschland kam, war er schockiert, als er erlebte, dass Lehrerinnen oder Lehrer teilweise von Schülern oder Schülerinnen geduzt wurden oder in extremen Konfliktsituationen vor Verzweiflung weinend aus der Klasse liefen.

Martin Streb zieht einen Vergleich zu den neuen Bundesländern, wo auch Mitbestimmungsmöglichkeiten für Eltern lange fehlten und heute noch mehr Respekt vor Lehrerinnen und Lehrern erwartet wird. Das Thema "Mischungsverhältnis" zwischen deutschen Kindern und Migrantenkinder in einer Klasse hält er für so wichtig, dass er es gerne vertiefen würde.

Herr Coban erläutert zunächst zu seiner Person, dass er als Vertreter von Herrn Ucar an dem St.Georg-Dialog teilnimmt. Er ist seit kurzem als Sozialpädagoge bei der Merkez Moschee beschäftigt. Herr Coban weist darauf hin, dass die türkischen Migranten der ersten Generation, die ursprünglich nur befristet in Deutschland bleiben wollten, sich in der Regel von der kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland, aber auch von der Türkei abkoppelten, gewissermaßen in ihrer Entwicklung stehenblieben. Die zweite Generation wiederum begründet ihr Desinteresse an Mitwirkung damit, dass sie ja von ihren Eltern auch keine Unterstützung bekommen hatte. Es fehle aber auch oft der Mut, sich in der Schule zu Wort zu melden. Bei Festen sieht er einen grundsätzlichen Unterschied darin, ob es sich um religiös tradierte (christliche) Feste, z.B. Ostern oder auch bis hin zum Fasching - hier gibt es starke Vorbehalte - oder um "neutrale" Feste handelt, z.B. ein Sommerfest. Selbst die Schultüten bei der Einschulung standen bei einigen türkischen Eltern unter dem Vorbehalt einer christlich-religiösen Bedeutung.

Joachim Reinig merkt an, dass die (türkischen) Migranten in Deutschland noch keine Mittelschichten herausgebildet haben. Dies hält er aber für eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Herr K. weist darauf hin, dass es von (islamischen) Eltern und Kindern oft als bedrückend empfunden werde, dass es für die islamischen Feste in Deutschland nicht die passende gesellschaftliche Atmosphäre gibt. Gemeinsames Feiern aber ist wichtig für Integration. Mustafa Yoldas unterstreicht dies: (Islamische) Feste werden im familiären Kreis zu Hause gefeiert und auf der Straße oder in der Schule wieder vergessen. Sylvia Wempner erinnert daran, dass das St.Georger Laternenfest eine

große integrative Wirkung hat. Alle Gruppen und Nationalitäten des Stadtteils nehmen daran teil.

In der weiteren Diskussion werden hauptsächlich folgende Fragen aufgeworfen:

Ist es z.B. im Hinblick auf gesellschaftliche Integration, auf die Entwicklung von Lebenschancen wichtig, dass der Anteil der Migrantenkinder ein bestimmtes Maß nicht überschreitet? Wo liegt das Maß? (Herr K., Martin Streb)

Wie soll mit unterschiedlichem Grad an gelebter Religiosität umgegangen werden? Wie kann, z.B. bei (religiösen) Festen, mehr Gleichzeitigkeit, mehr Überschneidung zwischen verschiedenen Gruppen erreicht werden? (Gunter Marwege)

Wie kann eine multi-ethnisch religiöse Erziehung an den Schulen gefördert werden? (Mustafa Yoldas/Herr K.)

Allgemein wird der Termin, in dem erstmals im engeren Sinne inhaltlich diskutiert wurde, als sehr fruchtbar angesehen. Mann/Frau lernte sich näher kennen.

5. Die Realität der Jugendlichen zwischen den Kulturen

Protokoll von Gunter Marwege

Die Veranstaltung zu diesem Thema im Rahmen des St.Georg-Dialogs fand am 2.3.99 im Haus der Jugend statt.

Als Gäste berichten drei langjährige Besucher und inzwischen ehrenamtliche Mitarbeiter aus dem HdJ über ihren Lebenslauf. Das Engagement der Eltern einiger Teilnehmer für Schulbildung wird für die damalige Zeit als Ausnahme gesehen. Weiter beschreiben sie die Geschlossenheit ihrer konservativen Familien. Die Verwandten in der Türkei seien toleranter und "fortschrittlicher" als die hier lebende Elterngeneration. Der Einstellungswandel der Elterngeneration wird eindrücklich beschrieben: Ursprünglich der Plan, nach wenigen Jahren zurückzukehren, dann Interesse an Lebensstandard, Sorge für die Kinder, später die erlebte Unmöglichkeit, sich in der "Heimat" wieder einzuleben, zumal wenn die Kinder hierbleiben. Auf die Kinder wurde auch der Wunsch übertragen, es einmal besser zu haben (Ausbildung, qualifizierte Arbeit).

Dem steht nun aber die heutige Arbeitslosigkeit gegenüber, verstärkt durch den hohen Zustrom an Flüchtlingen, Asylanten, Aussiedlern. Herr Coban beklagt, dass deren Rechte stets vorrangig behandelt würden vor den Interessen der langjährig zuverlässig hier arbeitenden "Gastarbeiter".

Auf die Frage an die Jugendlichen, ob sie sich als Deutsche oder Türken fühlen, antworten sie: Dazwischen. Aus Schule und Freizeit beschreiben sie eine bleibende Separierung ausländischer Jugendlicher von Deutschen.

Petra Thiel beschreibt demgegenüber die Erfahrung der Austauschgruppe, die gerade in Chicago war und dort ganz eindeutig als "Deutsche" gesehen wurde, obwohl sie aus unterschiedlichen Nationalitäten bestand.

Joachim Reinig beschreibt Abgrenzungserfahrungen aus seiner eigenen Biografie und bringt folgenden Gedanken zum Thema "Heimat" ein: Heimat - wo die Wiege stand, wo ich meine Freunde habe, wo ich satt bin.

Der Vergleich mit den Abgrenzungstendenzen von und gegenüber ausländischen Jugendlichen bleibt jedoch unvollständig. Die rechtliche Schlechterstellung ohne deutschen Pass schafft eine unterschiedliche Ausgangsposition. Dazu bringt Herr Yoldas die Konflikte ins Gespräch, die durch die praktische Ausübung islamischer Religiosität als Muslime in der deutschen Umgebung entstehen. Es entsteht die Umkehrung der Frage nach der jeweiligen ausländischen Identität: Wer ist deutsch?

Als neue Frage taucht das Problem auf, wie die Jugendlichen durch ältere Mitbürger eingeschätzt werden. Dies ist jedoch nicht das Thema der Anwesenden. Hingegen gibt es reichliche Erfahrungen der Schlechterbehandlung bis Schikane durch die Polizei.

Abschließend wird Gleichberechtigung als wichtigster Lebenswunsch in diesem Zusammenhang allgemein benannt und bestätigt.

M. Yoldas bringt für eine weitere Zusammenkunft den Vorschlag, auch die ältere Einwanderergeneration (oder 3 Generationen) ins Gespräch zu holen und zu befragen.

Beim nächsten Mal sollen Gewerbetreibende eingeladen werden. Dazu sollen (z.B. durch den Bürgerverein) auch deutsche Gewerbetreibende dazu geladen werden.

6. Handel in St.Georg.

Das Nebeneinander von deutschem und ethnischem Gewerbe. Erfahrungen ausländischer Geschäftsleute.

Protokoll von Helmut Wiederhold

Die Veranstaltung zu diesem Thema im Rahmen des St.Georg-Dialogs fand am 20.04.99 im Haus der Jugend statt.

Als Gäste und Experten zum Thema waren ausländische Geschäftsleute anwesend, deren Geschäfte sich am und um den Steindamm befinden. Manche St.GeorgerInnen sind erstaunt darüber, wie sich eine Vielzahl scheinbar gleicher Läden in derselben Gegend halten kann. Die zentralen Punkte aus dem Gespräch zu diesem Thema:

Die vielen Gemüsehändler, die bei oberflächlicher Betrachtung dasselbe Angebot haben, unterscheiden sich bei genauerem Hinsehen: Es gibt sowohl ethnische, als auch religiöse Unterschiede, so dass auch jedes Geschäft einen bestimmten Kundenkreis anspricht.

Es gibt sowohl deutsche als auch ausländische Kunden, je nach Angebot der Geschäfte. Probleme mit deutschen Geschäftspartnern oder Konkurrenz gibt es nicht.

Die Kunden kommen teilweise aus dem Umland von Hamburg, sowie aus ganz Schleswig-Holstein. Die Geschäftsleute profitieren ausserdem indirekt von den Banken und Moscheen im Quartier, die eine zusätzliche Anziehungskraft haben, was Kunden betrifft.

Die Veränderung des Steindamms, charakterisiert durch den Verlust von Einzelhandelsgeschäften und der Änderung des Angebotes in Richtung Sexshops, Spielhallen, Absteigen, sowie der Präsenz der offenen Drogenszene hat auch bei den anwesenden Geschäftsleuten zu einem Rückgang der Käufer geführt, wirkt sich also geschäftsschädigend aus. Die Umsätze hätten sich erst in letzter Zeit wieder leicht erholt.

Die günstigen Angebote und attraktiven Preise kommen einerseits durch Großeinkäufe zustande - andererseits durch Selbstaussbeutung der Familien der Geschäftsinhaber: Die Familienmitglieder haben meist einen 12 - 14stündigen Arbeitstag, auch Kinder müssen mithelfen.

Diese Art der Beschäftigung ohne soziale Absicherung wird von den GesprächsteilnehmerInnen mehrheitlich als nicht erstrebenswert angesehen.

Die Zusammenarbeit mit Behörden ist eher schwierig. Dem Wunsch der Geschäftsleute, Arbeitsplätze je nach Absprache mit Landsleuten zu besetzen, wird von den Behörden meist nicht entsprochen. Und falls doch, nur nach langem Prozedere.

Ein Restaurantbetreiber vom Steindamm hat sogar deutliche Diskriminierung durch einen Behördenmitarbeiter erfahren: Dieser hielt es für selbstverständlich, für ein von ihm im besagten Restaurant verzehrtes Essen nicht zahlen zu müssen. Als der Besitzer des Restaurants dieses Verhalten nicht akzeptieren wollte, drohte ihm der Behördenmitarbeiter Sanktionen an - aus ganz offensichtlich an den Haaren herbeigezogenen Gründen. (Diese Anekdote wurde mit schauspielerischen Einlagen erzählt und aufgrund dessen - weniger aufgrund ihres Inhalts - von der Versammlung mit Schmunzeln zur Kenntnis genommen.)

Abschließend wurde kurz andiskutiert, wie es weitergehen soll. Vorgeschlagen wurde ein weiteres Thementreffen, sowie ein anschließendes Strategietreffen.

7. Was bedeutet das Tragen von Kopftüchern im Zusammenhang der islamischen Religion ?

Protokoll von Frank Düchting

Die Veranstaltung zu diesem Thema im Rahmen des St.Georg-Dialogs fand am 18.05.99 im Haus der Jugend statt.

Als Gäste und Expertinnen zum Thema erschienen drei junge Frauen türkischer Herkunft. Sie alle sind praktizierende Muslima, bekennen sich also zum Islam und leben nach den Regeln des Koran und der Sunna. Diese beinhalten u.a. Bekleidungs Vorschriften, wie z.B. das Tragen eines Kopftuchs für Frauen. Auf manche Nicht - Moslems wirkt dies befremdlich. Einige sehen darin ein Symbol für die Unterdrückung von Frauen im Islam.

Die zentralen Punkte der lebendigen Diskussion um dieses Thema:

Kopftuch und andere Bekleidungs Vorschriften werden getragen, um die Einbindung in den Islam deutlich nach außen zu demonstrieren (vergleichbar mit dem Tragen des Kreuz - Symbols als Ausdruck des Bekenntnis zum Christentum). Das ist kein Zwang, sondern geschieht freiwillig, auch wenn in der Praxis die Familie oft darauf Einfluss nimmt.

Das Kopftuch muss aus Überzeugung getragen werden. Wenn Kopftuchträgerinnen durch übermäßig auffälliges Herausstellen des Gesichts oder der Hände und Füße dieses Zurückhaltungsgebot unterlaufen, ist das nicht konsequent im Sinne des Koran.

Ob aber das Verhalten richtig ist, entscheidet Gott und nicht die Menschen. Deshalb muss sich jede Muslima prüfen, ob sie im Sinne göttlicher Gesetze richtig lebt oder nicht. Vorschreiben kann ihr da nur ihr Glaube etwas, aber nicht andere Menschen, auch nicht aus der eigenen Religionsgemeinschaft.

Das Tragen des Kopftuches (Schleiers) und sonstige Bekleidungs Vorschriften für Frauen haben nach dem Koran keine unterdrückende, sondern vielmehr eine Schutzfunktion: Sie sollen Frauen vor sexueller Belästigung durch Männer, angefangen bei entsprechenden Blicken, schützen. Für Männer existiert zudem die Vorschrift, ihren Blick zu senken, wenn sie einer Frau begegnen.

Gläubige Muslima empfinden das Tragen eines Kopftuches und anderer Bekleidungs Vorschriften im Koran nicht als Unterdrückung, sondern im Gegenteil als selbstbewussten Ausdruck ihrer besonderen Rolle in der Umma. Sie sehen sich

durchaus als gleichberechtigt. Für Männer gibt es im Koran ebenfalls Bekleidungs Vorschriften und Verhaltensregeln.

Dass immer mehr junge Frauen die vorschriftsmäßige Kleidung tragen, kann auch als Reaktion auf die nicht vorhandene Integration in die deutsche Gesellschaft verstanden werden. Die mit dieser Kleidung einhergehende Abkapselung von der deutschen Gesellschaft ist Ausdruck der Suche nach einer eigenen, religiösen Identität in einer säkularen deutschen Welt.

Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von offener, rassistischer Ablehnung bis zu Gleichgültigkeit. Interesse ist selten vorhanden. Deshalb wird das Gespräch in diesem Kreis auch gern wahrgenommen.

Die Religionsfreiheit ist durch das deutsche Grundgesetz geschützt. Anders als in der Türkei. Die Freiheit, so zu leben, wie man es aus eigener Überzeugung möchte, wird von den jungen Muslima in Deutschland sehr geschätzt.

In der Türkei ist das Kopftuchtragen in öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Schulen, Universitäten, Behörden, Parlamenten etc. verboten (- bezogen auf Deutschland und das Christentum vergleichbar mit der Debatte um das sog. "Kruzifix - Urteil"). Dieses Verbot wird dort auch relativ streng gehandhabt. Grund sind die von Kemal Atatürk in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik (1923 - 38) durchgeführten Reformen nach europäischem Vorbild.

Kopftuchträgerinnen erfahren nicht nur in der türkischen, sondern auch in der deutschen Gesellschaft vielfältige Diskriminierungen: Trotz gesetzlicher Religionsfreiheit kann sich das Bekenntnis zum Islam und das Tragen des Kopftuches negativ auf das Zusammenleben z.B. in der Schule oder auf den Erhalt einer Arbeitsstelle auswirken. Letzteres ist sogar oft der Fall.

Bekennende Muslima lassen sich jedoch durch Diskriminierungen keineswegs einschüchtern. Sie fühlen sich vielmehr in ihrem Glauben bestärkt und tragen das Kopftuch mit noch mehr Selbstbewusstsein und Stolz.

Deutsche Frauen, die keine Muslima sind und sich dementsprechend nicht nach den Vorschriften des Koran kleiden, erleben vielfältige Anmachereien durch moslemische Männer. Sie empfinden dies als ärgerliche Belästigung und erwarten von diesen Männern einen respektvollen Umgang mit allen Frauen - unabhängig von deren Religionszugehörigkeit und -ausübung. Eine Frau ist keine Hure, nur weil sie sich nicht an die Kleiderordnung des Islam hält. In diesem Sinne ist noch viel Aufklärung und Überzeugungsarbeit innerhalb der moslemischen Gemeinschaft zu leisten.

Dass das Fremde, Unbekannte bei "Einheimischen" zunächst einmal eher Ängste und auch entsprechende Reaktionen auslöst, ist klar, wenn auch nicht zu tolerieren.



Ein beidseitiger Lernprozess aller daran Interessierten ist wichtig für ein gedeihliches Zusammenleben in der Zukunft.

8. Partizipation - nur für Deutsche ?

Warum ausländische Mitbürger selten an Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinwesens mitarbeiten. Erkenntnisse aus einem Jahr "St.Georg-Dialog"

Von Frank Düchting

In Stadtteilen mit hohem Anteil nicht- deutscher Bevölkerung, wie z.B. in St.Georg, taucht häufig die Frage auf, warum "die Anderen" nicht oder nur sehr selten in den vielfältigen Beteiligungsgremien vorkommen. Ob in Elternbeiräten der Schule, ob in Kindertagesheimen, Stadtteilbeiräten oder anderen Zusammenhängen: die einheimische Bevölkerung ist unter sich.

Dem Warum sind wir in einem einjährigen Gesprächszyklus mit türkischen, afghanischen und bosnischen Menschen, meist aktive Moslems, und in verschiedenen, auch theoretischen Diskursen, nachgegangen und können dazu einige Anmerkungen liefern, ohne damit eine grundsätzlich zureichende Erklärung bieten zu können.

Zentral für die Nicht – Beteiligung dürfte sein, dass sich die MitbürgerInnen ohne deutschen Pass immer noch als Gäste (ob willkommen oder nicht sei mal dahin gestellt) fühlen und ihnen dieses Gefühl durch den alltäglichen Rassismus bestätigt wird. Zu Gast sein, ob nun in der ersten oder der dritten Generation, wird am ausländerrechtlichen Gaststatus festgemacht. Wer sich unter Kuratel der Ausländerbehörde befindet, hat nicht unbedingt das Gefühl, dass er eingeladen ist am Gemeinwesen gestaltend teilzunehmen. Er ist in der Regel froh, wenn er nicht auffällt und unter diesen Einschränkungen sein Leben leben kann. Das Ausländerrecht kennt das Verbot der politischen Betätigung. Zu unterscheiden, wann eine politische Betätigung, denn das ist ja Partizipation auch, gewünscht ist und wann nicht, wird in einer fragilen Situation eine fast unzumutbare Entscheidung.

Weiter dürften kulturelle und normative Differenzen zwischen dem Herkunftsland und dem Gastland wichtig für die Beurteilung der Frage sein, warum MigrantInnen schwer für partizipatorische Prozesse zu gewinnen sind. Wir haben erfahren, dass eine "Kultur der Beteiligung" nicht unbedingt eine türkische, iranische, bosnische oder afghanische Normalität ist. Unsere Beteiligungsformen sind unbekannt. Sicher können sie erlernt werden, aber nur, wenn seitens der Einheimischen auch eine große Offenheit da ist, sich speziell auf die Zugewanderten einzustellen und nicht einfach so weiter zu machen, wie bisher, nur dass eben ein paar türkische o.ä. Leute dabei sind.

In den Berichten wurde geschildert: Wenn Eltern in der Türkei in die Schule gerufen werden, dann um vom Lehrer Kritik an ihren Kindern zu hören und zu mehr Härte in

der Erziehung angehalten zu werden. Eine Beteiligung in Form von Elternabenden, Elternbeiräten etc. ist dort gänzlich unbekannt. Auch die Tatsache, dass Frauen Lehrerinnen und Elternräte sein können, verunsichert die männlichen, türkischen Eltern eher, als dass es sie ermutigt, sich einzubringen. Wir wissen, dass sich traditionelle Werte in der Diasporasituation tendenziell verschärfen. So kann es gut sein – und so wurde es uns berichtet – das die türkischen Eltern hier die Beteiligung in der Schule grundsätzlich ablehnen, ohne dass sie wissen, wie es heute in ihrem Herkunftsland aussieht.

Bestimmte religiöse und / oder politische Normen mögen ebenfalls noch hinzu kommen – das ist schwer zu bewerten, denn auch hier gibt es sehr verschiedene Wirklichkeiten. So sind etwa kurdische Leute durch ihre Erfahrung in der Türkei hier in Deutschland häufig in einer doppelten Ausgrenzung – als Ausländer und als Kurde unter Türken. Gelegentlich führt das dann eher zu gesteigertem politischen Interesse, aber selten in den von Deutschen vorgegebenen Strukturen.

Die sprachliche Barriere ist ein weiterer wesentlicher Faktor. Wenn man als Eltern den deutschen Gesprächen nur mit Mühe folgen kann, will man sich auf solchen Sitzungen nicht zusätzlich zum Gefühl des Nicht-Dazu-Gehörens auch noch durch Nicht-Verstehen eine Blöße geben.

Allerdings – und das sollte immer sehr genau beachtet werden – handelt es sich grundsätzlich auch um eine schichtspezifische Angelegenheit. Auch deutsche Menschen aus den unteren sozialen Schichten beteiligen sich kaum bis gar nicht an den von uns mittelschichtigen Bürgern so gepriesenen Partizipationsstrukturen. Manchmal ist es nicht die Frage, ob Migrantin oder Deutscher, sondern die Frage, ob sprachgewohnt und konflikterprobt oder nicht.

Letztlich, so haben wir erarbeitet, fehlen immer noch soziale Räume, in denen eigene Stärke erfahren werden kann, ohne sie über Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft herstellen zu müssen. Grundsätzlich geht es immer um Anerkennung. Nicht Anerkennung als "Kultur"- diesem Begriff darf man kritisch gegenüber stehen, aber Anerkennung als Gemeinschaft mit eigenen Werten, Traditionen und Normen. Anerkennung muss im gegenseitigen Aushandlungsprozess entstehen. Türkische Gemeinschaften etwa müssen sich auch den Normen dieser Gesellschaft anpassen und gleichzeitig ihre Eigenständigkeit wahren. Dieser schwierige Prozess geht aber nicht immer nur über Kommunikation, wenngleich sie auch eine wichtige Größe darstellt. Grundsätzlich muss die rechtliche Anerkennung (durch ein modernes Einwanderungsrecht z.B.) gegeben sein. Aber diese rechtliche Dimension reicht nicht aus, wenn nicht gleichzeitig Teilhabemöglichkeiten ausgeweitet werden können.

So kritisch man subkulturelle Segregation sehen mag, sie hat den Vorteil, dass z.B. die türkische Gemeinde Selbstbewusstsein artikuliert. Bei vielen türkischen Jugendlichen lässt sich dieses Verhalten beobachten und die verstärkte Hinwendung zum Islam darf ebenfalls als Zeichen in diese Richtung gedeutet werden. Nur aus

einer Situation der Stärke heraus können sich freiwillige Kooperationen entwickeln. Aus einer Situation der Schwäche, des Gaststatus, des eher Abgelehnten heraus wird man sich nicht ohne Weiteres an den demokratischen Strukturen im Gemeinwesen beteiligen wollen und z.T. auch können.

9. Eindrücke über den Gesprächskreis „Dialog in St. Georg“

Mustafa Yoldas, Öffentlichkeitsreferent der Zentrumsmoschee Hamburg

Sehr spät - allerdings nicht zu spät - wurde die Initiative durch einige Teilnehmer des Gesprächskreises in einem Stadtteil Hamburgs, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Menschen nicht-deutscher Herkunft stammen, ergriffen, eine Einladung zum Kennenlernen der in Hamburg St.Georg ansässigen Vereine und Gemeinden zu verschicken. Prompt entschlossen wir uns als Zentrumsmoschee, „dabei“ zu sein. Durch die besondere kulturelle Vielfalt in diesem Stadtteil wurde dem Gesprächskreis auch dessen Name verliehen.

Bisher mangelte die Öffnung nach außen in erster Linie an der sprachlichen Barriere der ersten Generation von türkisch-muslimischen Migranten. Daneben verleitete die Einstellung unserer Eltern, sich nur kurzfristig zum Lohnerwerb hier aufhalten zu wollen, sie dazu, sich nicht sonderlich um die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben zu bemühen. Das gewöhnliche Leben unserer Eltern spielte sich im Dreieck Arbeit-Familie-Moschee bzw. türkisches Café ab. Da man ja sich seine eigene Subkultur – so würde es vielleicht die deutsche Seite bezeichnen - geschaffen hatte, war überhaupt die Einsicht bei vielen gar nicht vorhanden, sich aktiv in die Gesellschaft einzubinden. Viele kamen mit den Folgen einer Migration aus vorwiegend ländlichen Gegenden der Türkei mit niedrigem Bildungsniveau in eine Metropole wie Hamburg gar nicht zurecht. Es ist für diese Leute schon ein Problem, wenn sie sogar innerhalb der Türkei aus ländlichen Gegenden z. B. nach Istanbul ziehen. Erst recht macht sich dieser Kulturschock in einer total fremden Umwelt mit einer anderen Sprache, Religion und Kultur bemerkbar.

Wenn man nun die Versäumnisse der Bundesrepublik um beispielsweise die sprachliche und kulturelle Integration hinzurechnet, ist es die logische Schlussfolgerung vieler hier lebender Muslime gewesen, sich die eigenen kulturellen Nischen zu schaffen. Die mangelnde Akzeptanz von außen, die ständigen Ängste um den Arbeitsplatz wegen der unqualifizierten Ausbildung und die Angst vor Entfremdung veranlassten viele dazu, sich mehr an ihre eigene Kultur / Religion zu klammern. So ist es gar nicht verwunderlich, dass viele der Generation unserer Eltern hier erst ein religiöses Bewusstsein erlangten. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass mein Vater sich nicht zu wenig Raki hinter die Binde goss, dann bei türkischer Musik mit seinen Freunden tanzte und mich dabei auf die Schulter nahm. Dabei verlor er die Kontrolle über sich und ich stürzte mit dem Kopf auf den Boden. Mittlerweile ist er aus islamischer Sicht seit über 20 Jahren „trocken“, betet fünfmal am Tag, hat schon die Pilgerfahrt hinter sich und bemüht sich auch sonst, ein guter selbstbewusster Muslim zu sein. In der Türkei hätte vielleicht so ein Bewusstseins-wandel gar nicht stattgefunden.

Die gängigen Vorurteile über die Deutschen, die man z.T. aus der Heimat mitgebracht hatte, waren auch Gründe der Isolation. So waren die „Gavuren“ (Ungläubige / Deutsche) oft jene, die nie genug vom Trinken, Schweinefleisch und Sex mit dauernden wechselnden Partnern hätten. Treu wäre keine deutsche Frau. Kaum würde der Mann zur Arbeit gehen, würde der Buhler sich einfinden und sich amüsieren. Die Männer seien unbeschnitten und würden sich höchstens einmal im Monat waschen. Die Kinder würden dauernd Drogen nehmen und hätten keinen Respekt vor den Eltern und würden sogar vor ihnen pupsen (unvorstellbar bei uns). So zog man sich zurück in die eigenen Nischen mit dem sicheren Gefühl der überlegeneren (Supra-)Kultur anzugehören. Beide Seiten waren der Meinung, die überlegeneren zu sein und so lebte man nebenher.....

....bis die Kinder hier auf die Welt kamen und angesichts der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Türkei die Rückkehrpläne erst einmal vertagt wurden. Damals richtete man sich provisorisch mit dem Sekond-Hand-Mobiliar der Arbeitskollegen oder der Nachbarn die eigene billige Wohnung ein.

Es sind seitdem einige Jährchen vergangen und man hat doch voneinander gelernt. Neben Sauerkraut und Bier haben die Deutschen auch den Döner, Kichererbsen und Auberginen kennengelernt, was ihnen bis vor wenigen Jahren noch verborgen blieb. Und wir haben endlich neue Möbel und sehr viele fahren einen Mercedes. Manche haben sich schon eine Existenz aufgebaut und sogar ein Eigenheim erworben. Dabei war der kulturelle Austausch unvermeidbar.

Wir gingen in die Schule und sahen, dass zwischen dem, was unsere Eltern über die Gavuren erzählten und den real-existierenden Deutschen eine große Kluft war. Wir als 2. und 3. Generation konnten es uns gar nicht mehr leisten, uns zu isolieren. Man meldete sich zum Sportverein an, machte gemeinsam die Hausaufgaben, gingen zusammen ins Kino. Dabei wirkte sich die übertriebene Sorge der Eltern vor kultureller Entfremdung in besonderem Maße einengend auf die Töchter aus. Viele kamen damit nicht mehr zurecht und zogen aus. Es gibt ein Identitätskonflikt in weiten Teilen der Jugend. Wenige schaffen es, beide Seiten zufrieden zu stellen.

Als jemand, der eben diesem Kreis entstammt, sah ich mich gezwungen, als Vermittler zwischen beiden Kulturen zu dienen. Vorteilhaft erweist sich in meinem Falle die Kenntnis der deutschen Sprache und die z.T. durch meinen Schulbesuch sowohl in der Türkei als auch hier vermittelte türkisch-deutsche Kultur.

Mein persönliches Interesse am interkulturellen / interreligiösen Dialog begann zur Zeit des 2. Golfkrieges 1991, als Mr. Bush vom „Gerechten Krieg“ sprach und Saddam vom „Djihad“ (fälschlicherweise oft mit „Heiligem Krieg“ übersetzt) und weder sich die Christen in den Worten Bushs noch die Muslime in den Worten Saddams wiederfanden und wir in der Altonaer Osterkirche eine gemeinsame Veranstaltung gegen den Krieg machten.

Nunmehr engagierte ich mich in der Zentrumsmoschee dahingehend, dass ich mit einigen jungen muslimischen Studenten und Studentinnen Moscheeführungen übernahm, an auswärtigen Dialogveranstaltungen teilnahm, etc. Ich sah meine Aufgabe darin, mich um ein besseres Bild des Islam bzw. der Muslime in diesem Land zu bemühen, da das Bild der Muslime häufig assoziiert ist mit der Berichterstattung aus unseren Herkunftsländern in Verbindung meistens mit gewalttätigen Auseinandersetzungen in Algerien, Ägypten, Palästina etc.. Dass wir als Muslime in diesem Land zu unrecht als eine potentiell gewaltbereite Gruppe abgestempelt werden, war für mich unbegreiflich, denn laut Verfassungsschutzbericht waren nur weniger als 1% der hier lebenden Muslime als extremistisch anzusehen. Aber dass die große Mehrheit der Muslime in diesem Land friedfertige Menschen sind und ihren bürgerlichen Pflichten brav nachkommen - ohne eine entsprechende Würdigung und Anerkennung - wurde oft nicht genug betont. Das Thema Islam wurde oft als das Integrationshindernis schlechthin dargestellt. Die Bilder in den Medien präg(t)en das Bild des Muslim. Für mich waren die Wahlergebnisse in Deutschland mit prozentual höherem Anteil an rechtsextremen Gedankengut viel mehr besorgniserregend.

Zwar sollten wir nicht verschweigen, dass in unserer Moschee gelegentlich radikale Töne beispielsweise gegen die israelitische Besatzungspolitik in Palästina gefallen sind, aber das hing damit zusammen, dass in den meisten Moscheen ältere emeritierte Imame z.B. aus der Türkei waren, die nicht genau wissen könn(te)n, dass in Bezug auf Israel / Semitismus eine äußerst scharfe Sensibilität in diesem Lande herrscht. Doch auch dies ist eine Frage der Zeit und ein Bewusstseinsprozess, den man nicht mit einem Knopfdruck ad hoc herbeiführen kann.

Wenn wir als Zentrumsmoschee so die letzten 10 Jahre angucken, dann fällt auf, dass wir im Grunde genommen, den Generationswechsel vollzogen haben. Die allermeisten Vorstandsmitglieder sind junge, hier aufgewachsene Muslime, die der deutschen Sprache mächtig sind und sich zu artikulieren wissen.

An sehr wichtigen interreligiösen Unternehmungen der Zentrumsmoschee fallen mir auf Anhieb ein der Transport der Glocken der St.Nikolai-Kirche aus Holland und deren Anbringung, die Gestaltung des christlich-islamischen Dialogs im Rahmen des 26. Deutschen Evangelischen Kirchentages 1995, eine gemeinsame Weihnachtsbotschaft mit der Landesbischöfin Maria Jepsen und Weihbischof Jaschke, einige Hundert Klassenführungen, zahlreiche Moscheeführungen für andere Interessengruppen wie Pastoren, Bundeswehroffiziere, Polizisten, Reiseführerinnen und Sozialpädagogen, die muslimische Insassen von Gefängnissen und Jugendliche betreuen, etc. Getrost kann ich sagen, einen Großteil meiner Studien- und Freizeit für die Verständigung von Menschen unterschiedlicher Herkunft geopfert zu haben.

Umso verbitterter war ich darüber, dass im Rahmen des Gesprächskreises „Dialog in St. Georg“ die ersten zwei oder drei Sitzungen vom Thema Zentrumsmoschee und ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht dominiert wurden. Denn ich konnte

nicht verstehen, dass eine Moschee, die mit die aktivste und im Bereich interkultureller Dialog führend in Hamburg ist, dermaßen mit Skepsis betrachtet wurde. Als unverbesserliche Optimisten gaben wir es nicht auf, sachlich und besonnen über alle kritischen Fragen zu diskutieren, so dass von einem der Skeptiker schliesslich die Äußerung fiel: „Meine Bewunderung, mit welcher Geduld Ihr die Beschuldigungen gebrüstet habt. Ich hätte es nicht länger aushalten können und diesen Kreis längst verlassen.“

Schliesslich wurde das Thema Verfassungsschutz in den folgenden Sitzungen nicht mehr Gegenstand der Diskussionen. Die Zentrumsmoschee zeigte, dass sie es ernst meint mit Transparenz und Öffnung nach außen hin. Nach und nach räumten in den Gesprächen Ressentiments den Platz zugunsten von Sachlichkeit und Besinnung.

Viele auch kritische Themen wurden angesprochen wie beispielsweise die Rolle der Frau im Islam. Zu diesem Thema wurden einige junge hier geborene muslimische Mädchen eingeladen und ich nehme stark an, dass einige Teilnehmer des Gesprächskreises überrascht gewesen sein dürften vom starken Selbstbewusstsein dieser Mädchen. Man konnte nicht verstehen, wieso diese jungen Leute so oft wegen ihres Äußeren diskriminiert wurden, angefangen von Anmaßungen durch Lehrer, Ablehnung von Bewerbungen trotz superguter Noten, abfälligen Äußerungen von Passanten etc., und all das wegen ihrer äußerlichen Erscheinung - ohne zu gucken, welche Persönlichkeit sich unter dem Kopftuch verbirgt.

Bei einem anderen Gespräch wurden die Probleme der Gewerbetreibenden erörtert. Die Drogenproblematik und die soziale Struktur des Stadtteils wurde unter die Lupe genommen und es zeigten sich Aspekte, die sonst so leicht übersehen bzw. nicht wahrgenommen werden.

Am interessantesten waren für mich die Gespräche im Haus der Jugend und im CVJM, als um die Probleme insbesondere der jungen Migranten ging. Dabei wurden sehr interessante Aspekte geäußert, welchen Hintergründe die schulischen Leistungen von Jugendlichen beeinflussen. Die Zerrissenheit zwischen dem traditionell geprägten Elternhaus und der freiheitlichen Erziehung in der Schule brachte zum Vorschein, wie ernst die Probleme sind, unter denen ein Migrantenkind zu leiden hat. Erfahrungen, die ein Deutscher nie machen kann. Diese Zerrissenheit ist ursächlich für den Identitätskonflikt vieler junger Migrantenkinder verantwortlich. Die Sozialisation der Eltern in ihrer Heimat und deren Wunsch, die Kinder auch so erziehen zu wollen, setzten die jungen Menschen dermaßen unter Druck, dass manche damit nicht klarkommen und beispielsweise im Falle der Mädchen mit dem Auszug aus dem Elternhaus in ein Frauenhaus endet. Der Generationskonflikt ist anhand von eigenen Erlebnissen sehr lebhaft und manchmal erheiternd dargestellt worden. Doch die schulischen, sozialen, elterlichen Anforderungen an ein Migrantenkind sind dermaßen erdrückend, dass viele damit nicht klarkommen und sich in Nischen (Gangs, Drogenhandel, Kriminalität) zurückziehen, die von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Bei diesen Gesprächen stellte sich heraus,

dass dieses Thema unerschöpflich ist und häufiger und auf breiter Basis behandelt werden sollte.

Alles in allem war der über eineinhalb Jahre dauernde aktive Dialog für alle Seiten eine Bereicherung. Viele haben hier und da neue Denkanstöße und die Forderung nach Überdenken der eigenen Position verinnerlicht. Einhellig waren die Teilnehmer der Meinung, dass der Dialog – in welcher Form auch immer – weitergeführt werden müsse. Dem Wunsch schliessen wir uns mit Nachdruck an.

Anmerkung:

Genau in der Zeit des Dialogs fanden die Vorbereitungen für einen Zusammenschluss der in Hamburg ansässigen islamischen Gemeinden und Vereine statt, so dass am 4 Juli 1999 die Satzung der SCHURA, dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. von 40 Mitgliedern unterzeichnet werden konnte. Mittlerweile sind es 44 Vereine geworden. Herr Yoldas ist zum Vorsitzenden dieser neuen Dachorganisation gewählt worden. Viele Mitglieder dieser Dachorganisation sind in St.Georg ansässig. Zu künftigen Aktionen in St.Georg könnten nunmehr auch andere islamische Vereine motiviert werden.

10. Teilnehmerliste

Name	Organisation, Adresse
Bilal Adra	Al-Nur-Moschee, Hummelsbüttler Landstr.37, 22335 Hamburg
Herr Coban	Merkez Camii, Böckmannstraße 40, 20099 Hamburg
Frank Düchting	CVJM-Hamburg, An der Alster 40, 20099 Hamburg
Zulhajrat Fejzullahi	Islamisch-albanisches Kulturzentrum, Kleiner Pulverteich 17-21, 20099 Hamburg
Alibasic Halim	Bosnische Moschee, Eckhofstr. 5, 22087 Hamburg
Heinke Hauschildt	Spielhaus Lohmühlenpark, Bülaustraße 5, 20099 Hamburg
Ulrich Hermannes	Bahnhofsmission, Steintorwall 20, 20099 Hamburg
Ümit Kalkan	Haus der Jugend St.Georg, Kirchenweg 20, 20099 Hamburg
Michael Joho	Einwohnerverein St.Georg, Koppel 100, 20099 Hamburg
Herr K.	
Gunter Marwege	Pastor der Ev. Kirchengemeinde St.Georg, St.Georgs Kirchhof 19, 20099 Hamburg
Frank Münzinger	Hein & Fiete, Pulverteich 21, 20099 Hamburg
Michael Reich	ASK, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg
Joachim Reinig	Plan-R- Architekten, Lange Reihe 27, 20099 Hamburg
Martin Streb	Bürgerverein St.Georg, Koppel 93, 20099 Hamburg
Petra Thiel	Haus der Jugend St.Georg, Kirchenweg 20, 20099 Hamburg
Ramazan Ucar	Imam der Merkez Camii, Böckmannstraße 40, 20099 Hamburg
Helmut Voigtland	Bürgerverein St.Georg, Lange Reihe 51, 20099 Hamburg
H. Wiederhold	SPD St.Georg, Koppel 23, 20099 Hamburg
Mustafa Yoldas	Merkez Camii, Böckmannstraße 40, 20099 Hamburg

11. Literaturhinweise

Zygmunt Bauman
Postmoderne Ethik
Hamburg 1995

Alain Finkielkraut
Die Niederlage des Denkens
Hamburg 1990

W. Heitmeyer u.a.
Verlockender Fundamentalismus
Türkische Jugendliche in Deutschland
Frankfurt 1997

Lutz Hoffmann
Die unvollendete Republik
Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat
Köln 1992

Willy Klawe/Jörg Matzen
Lernen gegen Ausländerfeindlichkeit
Pädagogische Ansätze zur Auseinandersetzung mit Orientierungsverlust, Vorurteilen
und Rassismus
Weinheim/München 1993

Thomas Meyer
Fundamentalismus
Aufstand gegen die Moderne
Hamburg 1991

Martin Spiewak/Wolfgang Uchatius
Mit Koran und Grundgesetz. Wer unterwandert hier wen ? Mili Görüs die deutsche
Gesellschaft oder umgekehrt ?
Artikel in der Zeit 4.2.99

Martin Spiewak Neue Heimat Islam
in: Zeit-Punkte 2/99